

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
☎ +49 69 2577 1538
✉ europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de

21.01.2026

INHALTSVERZEICHNIS



Aktuelles aus der EU	2
EU-Plan für erschwinglichen Wohnraum veröffentlicht	2
Kommunale Belange und regionale Entwicklung	3
Förderaufruf der Europäischen Stadtinitiative angekündigt	3
Gastgeberstadt für das Europäische Städteforum 2027 gesucht	3
Energie, Klima und Umwelt	4
Grüne Hauptstadt Europas und Europäisches Grünes Blatt 2028 gesucht	4
Vorschlag der Kommission zur Vereinfachung von Umweltvorschriften	5
Schutzmaßnahmen gegen PFAS im Trinkwasser treten in Kraft	5
Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Themen	6
Europäischer Jugendkarlspreis 2026 ausgeschrieben	6
Folgen Sie uns auf LinkedIn	7



Aktuelles aus der EU

EU-Plan für erschwinglichen Wohnraum veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember 2025 den ersten [europäischen Plan für bezahlbaren Wohnraum](#) vorgestellt. Europaweit sind laut dem Plan die Immobilienpreise in den letzten zehn Jahren aus vielfältigen Gründen (u. a. gesteigerte Bau- und Baulandpreise, Fachkräftemangel, höhere Finanzierungskosten) im Durchschnitt um 60 % und die Mieten um 20 % gestiegen.

In dem nicht verbindlichen Plan der Kommission werden verschiedene Ansätze vorgeschlagen, um das Wohnungsangebot zu erhöhen. Dazu gehört die Förderung produktiverer und innovativerer Bau- und Sanierungsmethoden. Außerdem soll eine europaweite Investitionsplattform in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) geschaffen werden, um öffentliches und privates Kapital für sozialen und bezahlbaren Wohnraum zu bündeln.

Die Kommission will den Mitgliedstaaten bei strukturellen Reformen und der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren helfen. Ferner sollen gezielte Maßnahmen zur Unterstützung für junge Menschen, Familien, Studierende und Obdachlose aus aktuellen und zukünftigen europäischen Fonds gefördert werden.

Neben dem Plan für bezahlbares Wohnen wurde auch eine [Strategie für den Wohnungsbau](#) vorgestellt. Diese zielt insbesondere auf den Bausektor ab. Es sollen verschiedene Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung im Bau (z. B. Baugenehmigungen, Vergaben, Informationen zu Bauprodukten, Software) oder serielles Bauen gefördert werden.

Das Europabüro hat sich bereits im Vorfeld mit einer [Stellungnahme](#) an der Diskussion beteiligt. In diesem Kontext begrüßt es die Absicht der Europäischen Kommission, europäische Gesetzgebungen und Initiativen, die für das Wohnungswesen in den Mitgliedstaaten relevant sind, besser aufeinander abzustimmen und zu koordinieren. Der Plan für bezahlbares Wohnen könnte in diesem Sinne dazu beitragen, die Herausforderungen im Wohnungssektor effektiver anzugehen.

Das Europabüro regt in seiner Stellungnahme verschiedene Vereinfachungen im EU-Beihilfe- und Vergaberecht sowie bei EU-Klima- und Energiegesetzgebungen an, um Hemmnisse beim Wohnungsbau zu verringern.



Kommunale Belange und regionale Entwicklung

Förderaufruf der Europäischen Stadtinitiative angekündigt

Das Programmsekretariat der Europäischen Stadtinitiative hat für Februar 2026 einen neuen Förderaufruf angekündigt. Der nun vierte Aufruf in der aktuellen Förderperiode legt einen besonderen Fokus auf die Förderung innovativer Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung in kleinen und mittelgroßen Städten.

Es werden Projekte aus insgesamt sechs Themenbereichen gefördert, die eng an die EU-Agenda für Städte (vgl. [Europa Info 10/2025](#), S. 4) angelehnt sind:

1. Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung, Innovation und Investition
2. Soziale Integration und Gleichberechtigung
3. Sicherheit, Schutz und Vorbereitung
4. Bezahlbarer, nachhaltiger, anständiger und inklusiver Wohnraum und Gebäude
5. Klimaschutz, Umwelt und saubere Energie
6. Mobilität

Der Aufruf hat ein Budget von 60 Mio. Euro und wird aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert. Projekte können für eine Laufzeit von maximal zwei Jahren maximal 2 Mio. Euro Zuschuss erhalten. Die EU-Kofinanzierungsrate durch das Programm liegt bei bis zu 80 %. Der Aufruf wird voraussichtlich bis Juni 2026 geöffnet sein.

Weitere Informationen zum Förderprogramm und ab Februar zum Aufruf sind auf der Webseite der [Europäischen Stadtinitiative](#) abrufbar. Zudem bietet die [Nationale Kontaktstelle](#) beim Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung Informationen und Hilfestellung in deutscher Sprache an.

Gastgeberstadt für das Europäische Städteforum 2027 gesucht

Unabhängig vom angekündigten Förderaufruf der Europäischen Stadtinitiative (s. voranstehender Artikel in dieser Ausgabe) sucht das Sekretariat des Programms in Kooperation mit der Generaldirektion für Regional- und Stadtpolitik der Europäischen Kommission eine Gastgeberstadt für das Europäische Städteforum (European Cities Forum) 2027.

Das Städteforum ist die wichtigste Veranstaltung der Europäischen Kommission, die sich mit der städtischen Dimension der EU-Kohäsionspolitik und Initiativen auf EU-Ebene zur Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung befasst. Bei dem alle zwei Jahre stattfindenden Forum werden bis zu 800 Teilnehmende aus ganz Europa erwartet. Die gastgebende Stadt hat dort die Möglichkeit, eigene Projekte der nachhaltigen Stadtentwicklung zu präsentieren und sich europäisch zu vernetzen. Die zweitägige Veranstaltung soll zwischen Mitte April und Mitte Juni 2027 stattfinden.

Die Bewerbungsfrist läuft vom 8. Januar 2026 bis zum 17. Februar 2026, 14:00 Uhr MEZ. Das Hintergrunddokument zur Bewerbung und die Bewerbungsunterlagen sind auf der [Ausschreibungsseite](#) verfügbar.



Energie, Klima und Umwelt

Grüne Hauptstadt Europas und Europäisches Grünes Blatt 2028 gesucht

Die Europäische Kommission hat zur Bewerbung für die Auszeichnungen Grüne Hauptstadt Europas und Europäisches Grünes Blatt für das Jahr 2028 aufgerufen. Gesucht werden europäische Städte mit besonderem Engagement im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit.

Großstädte ab 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner können sich auf den Titel Grüne Hauptstadt Europas bewerben. Es wird eine Stadt mit einem Preisgeld i. H. v. 600.000 Euro ausgezeichnet.

Kleinere Städte zwischen 20.000 und 99.999 Einwohnerinnen und Einwohner können sich auf den Titel Europäisches Grünes Blatt bewerben. Dieser wird an zwei Städte verliehen, die jeweils ein Preisgeld i. H. v. 200.000 Euro erhalten.

Die Finalisten und Preisträger treten in ein Netzwerk von Vorreiterstädten ein, die ihr Know-how und anerkannte Verfahren untereinander austauschen.

Die Kriterien des Evaluierungsverfahrens sind in sieben Schwerpunktbereiche für Umwelt- und Klimaschutz gegliedert:

- ★ Luftqualität
- ★ Wasser
- ★ Biodiversität, Grünflächen und nachhaltige Landnutzung
- ★ Abfall- und Kreislaufwirtschaft
- ★ Lärm
- ★ Klimawandel: Abmilderung
- ★ Klimawandel: Anpassung

Die teilnehmenden Städte müssen in ihrer Bewerbung die aktuelle Situation vor Ort, die messbare Performance der letzten fünf bis zehn Jahre und die kurz- und langfristigen Ziele in den sieben Schwerpunktbereichen darlegen.

Weitere Informationen in deutscher Sprache können dem [Informationsblatt für die Green Capital](#) sowie dem [Informationsblatt für das Europäische Grüne Blatt](#) entnommen werden.

Vor einer Bewerbung müssen sich interessierte Städte zunächst auf dem [Online-Portal](#) registrieren und erhalten dann die notwendigen Unterlagen zum Download. Bewerbungen müssen online bis zum 1. April 2026 über das [Bewerbungsportal](#) eingereicht werden.

Am 12. Februar bietet die Europäische Kommission von 10:30 Uhr bis 12:30 Uhr MEZ eine digitale Informationsveranstaltung an. Weitere Informationen werden auf der [Programmwebseite](#) bekannt gegeben.

Vorschlag der Kommission zur Vereinfachung von Umweltvorschriften

Am 11. Dezember 2025 hat die Europäische Kommission ein [Maßnahmenpaket](#) zur Vereinfachung der Umweltvorschriften in den Bereichen Industrieemissionen, Kreislaufwirtschaft, Umweltprüfungen und Geodaten vorgelegt.

Der sogenannte Umwelt-Omnibus ist der [achte Omnibus-Vorschlag](#) der Europäischen Kommission und zielt darauf ab, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern und gleichzeitig die ehrgeizigen EU-Ziele im Bereich Umwelt und der menschlichen Gesundheit beizubehalten. Das Maßnahmenpaket besteht insgesamt aus sechs Legislativvorschlägen, durch die Unternehmen pro Jahr eine Milliarde Euro einsparen sollen.

Strategische Sektoren und Projekte, die zur Dekarbonisierung oder Ressourceneffizienz beitragen, sollen von beschleunigten Maßnahmen profitieren, einschließlich zentraler Anlaufstellen, Digitalisierung und schnellerer Verfahren. Im Rahmen der [Richtlinie über Industrieemissionen](#) soll Unternehmen bei der Umsetzung von Umweltmanagementsystemen mehr Flexibilität eingeräumt und Landwirtinnen und Landwirte sowie Aquakulturbetreibende von bestimmten Berichterstattungspflichten ausgenommen werden.

Die Europäische Kommission schlägt vor, die Abfallrahmenrichtlinie zu ändern und die Datenbank für besorgniserregende Stoffe in Produkten ([SCIP](#)) abzuschaffen und stattdessen wirksamere digitale Lösungen wie den digitalen Produktpass einzusetzen und das [Paket „Ein Stoff, eine Bewertung“](#) umzusetzen.

Darüber hinaus sollen die derzeitigen technischen Anforderungen an Geodaten im Rahmen der [INSPIRE-Richtlinie](#) an die horizontalen Rechtsvorschriften für hochwertige Geodaten des öffentlichen Sektors angeglichen werden.

Die zuletzt kontrovers diskutierte [EU-Kommunalabwasserrichtlinie](#) mit der verpflichtenden Einführung einer vierten Reinigungsstufe unter Berücksichtigung der erweiterten Herstellerverantwortung, was die finanzielle Beteiligung von Industriesektoren beinhaltet, ist nicht Teil des Maßnahmenpakets.

Der Gesetzesvorschlag wird nun an das Europäische Parlament und den Rat weitergeleitet.

Schutzmaßnahmen gegen PFAS im Trinkwasser treten in Kraft

Seit dem 12. Januar 2026 müssen die EU-Mitgliedstaaten erstmals die Gehalte von per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) im Trinkwasser systematisch überwachen. Die im Jahr 2020 neugefasste [Trinkwasser-Richtlinie](#) musste bis 2023 von den Mitgliedstaaten in [nationales Recht](#) umgesetzt werden, das nun Anwendung findet.

Die Richtlinie trägt dazu bei, das Recht auf sicheres Trinkwasser für die Menschen in der EU durchzusetzen, das ein Ziel der [EU-Wasserresilienz-Strategie](#) ist. Im Jahr 2024 hatte die Europäische Kommission [technische Leitlinien](#) veröffentlicht, um eine einheitliche Überwachung in der gesamten EU zu unterstützen. Diese Leitlinien wurden in enger Abstimmung mit den EU-Mitgliedstaaten entwickelt und beruhen auf einer technischen und sozioökonomischen Bewertung. Die EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die Europäische Kommission über die Ergebnisse ihrer Überwachung zu unterrichten und bei Überschreitung der Grenzwerte Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dies kann für den Zeitraum der Überschreitung der Grenzwerte z. B. die



Schließung von kontaminierten Brunnen oder das Hinzufügen von Behandlungsschritten zur Entfernung von PFAS umfassen.

Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Themen

Europäischer Jugendkarlspreis 2026 ausgeschrieben

Das Europäische Parlament zeichnet gemeinsam mit der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen auch in diesem Jahr wieder von jungen Menschen geleitete Projekte, die der Förderung von Demokratie und Teilhabe dienen, mit dem Europäischen Jugendkarlspreis aus. Noch bis zum 2. Februar 2026 können sich Interessierte zwischen 16 und 30 Jahren mit Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat über ein [Online-Bewerbungsformular](#) auf die Auszeichnung bewerben.

Zunächst wählt eine nationale Jury des Mitgliedstaates, in dem die Projekte eingereicht wurden, ein nationales Gewinnerprojekt aus. Anschließend bewertet eine europäische Jury die 27 Gewinnerprojekte und kürt daraus drei EU-weite Siegerprojekte, die zur Preisverleihung nach Aachen eingeladen werden. Diese erwartet ein Preisgeld von bis zu 7.500 Euro.

Weitere Informationen zum Europäischen Jugendkarlspreis finden Sie auf der [Webseite des Europäischen Parlaments](#).



Folgen Sie uns auf LinkedIn

Wir sind auf LinkedIn aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und zu kommunalrelevanten Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder EU-Gesetzgebungsverfahren auf dem aktuellsten Stand zu halten. LinkedIn ist das größte berufliche Soziale Netzwerk weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie unserer Seite [Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain](#) folgen.



Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain

Wir vertreten die Interessen der Metropolregion FrankfurtRheinMain & gestalten die Förderkulisse in Brüssel aktiv mit.

Regierungsverwaltung · Frankfurt, Hesse · 70 Follower:innen · 2-10 Beschäftigte

Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain
70 Follower:innen
4 Wochen ·

Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember 2025 den ersten europäischen Plan für bezahlbaren Wohnraum vorgestellt
<https://lnkd.in/eP5EG82X>

In dem nicht verbindlichen Plan der Kommission werden verschiedene Ansätze vorgeschlagen, um das Wohnungsangebot zu erhöhen:

- ◆ Förderung produktiverer und innovativerer Bau- und Sanierungsmethoden
- ◆ Schaffung einer europaweiten Investitionsplattform in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB)
- ◆ Unterstützung der Mitgliedstaaten bei strukturellen Reformen und der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren
- ◆ Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung für junge Menschen, Familien, Studierende und Obdachlose

Neben dem Plan für bezahlbares Wohnen wurde auch eine Strategie für den Wohnungsbau vorgestellt. Diese zielt insbesondere auf den Bausektor ab.

Das Europabüro hat sich bereits im Vorfeld mit einer Stellungnahme an der Diskussion beteiligt und regt verschiedene Vereinfachungen im EU-Behilfen- und Vergaberecht sowie bei EU-Klima- und Energiegesetzgebungen an, um Hemmnisse beim Wohnungsbau zu verringern.
<https://lnkd.in/dxBmpwP>

#affordablehousing #EC

European Commission
2.432.087 Follower:innen
1 Monat · Bearbeitet ·

The European housing affordability crisis has become a social crisis.
It is a shared challenge that demands a shared solution. ... mehr

Übersetzung anzeigen

Unlocking European
affordable housing.